

Protokoll

Fachausschuss / Thema: Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten

Name / ÖStB-ReferentIn: Mag. Oliver Puchner

Organisation / VeranstalterIn: Klagenfurt am Wörthersee

TeilnehmerInnen
(Stadt, Gemeinde, Dienststelle): siehe Anwesenheitsliste

Themenschwerpunkte: Sportstätten

Ort und Zeitraum: 5.10 – 6.10.2011

Inhaltliche Beschreibung:

1.) Begrüßung

Dr. Peter Pollak (Wien) dankt der Stadt Klagenfurt am Wörthersee für die Einladung.

Bürgermeister Christian Scheider begrüßt die TeilnehmerInnen in den Räumlichkeiten des Stadions, dessen lange Errichtungsgeschichte nunmehr in unmittelbarer Nähe eines guten Endes ist. Die Permanentmachung und Erweiterung zu einem multifunktionalen Zentrum ist so gut wie fix. Generell sind Sportstätten für alle Kommunen eine zunehmende Herausforderung. Die Gastgeberstadt ist mit Projekten für eine neue Eishalle und eine Lösung für das in die Jahre gekommene Schwimmbad konfrontiert.

2.) „Sicherheitstechnische und bauwirtschaftliche Prüfung des Umbaus des Ernst Happel-Stadions für die Fußball-Europameisterschaft 2008“

Ing. Roland May (KA Wien) berichtet über die schwierigen Vertragsverhandlungen mit bzw. die massiven Nachforderungen der UEFA, die das Projekt von geplanten 18 Mio. Euro auf 31 Mio. verteuert haben. Insbesondere litt auch der Zeitplan massiv unter den nachträglichen Ergänzungs- und Änderungswünschen. Tatsächlich konnten die Umbauten aber dennoch zeitgerecht beendet werden.

Neben den schwierigen äußeren Bedingungen fand die Überprüfung aber auch Mängel in der internen Organisation und Abwicklung. So war die Projektleitung auch auf Grund von mangelnder personeller Ausstattung und die örtliche Bauaufsicht auf Grund mangelnder Erfahrung (eigentlich nur Wohnbauten) klar überfordert. Die Preise der einzelnen Gewerke und die Abrechnungen wurden nicht oder nicht ausreichend kontrolliert.

Nach der bauwirtschaftlichen Bewertung setzt DI Dr. Michael Kaindl mit den Ergebnissen der sicherheitstechnischen Kontrolle fort. Gerade bei Gebäuden mit fortgeschrittener Lebensdauer, wie dem Happelstadion (Errichtung 1929-31) mit etlichen Erweiterungen und Reparaturen und mangelnder Dokumentation der durchgeführten Arbeiten ist die sicherheitstechnische Überprüfung besonders herausfordernd. Da das ABGB dem Erhalter auch laufende, zumutbare Verbesserungen vorschreibt, müssen Gebäude an den sich ständig wandelnden Stand der Technik angepasst werden. Zudem müssen Bauwerke wie Stadien weit höhere Normen erfüllen als etwa Büro- oder Wohngebäude.

Bei der Überprüfung wurden zahlreiche Defizite in der Überwachung und dem Unterhalt sehr aufwändigen Dachkonstruktion offensichtlich. Auch die Stahlbetonkonstruktion als solches stellte sich erst bei der Überprüfung als an einigen Stellen bereits sehr desolat heraus. Darüber hinaus gab es Probleme mit fehlenden Handläufen, unterschiedlich hohen Stufen und mangelnder Absturzsicherung.

Im Ergebnis waren die Auswirkungen der Prüfung sehr groß. So wurde neben der Behebung der akuten Mängel ein Langzeit-Monitoring-System eingerichtet und dynamische Untersuchungen mit Nachberechnungen durchgeführt.

Weitere Details entnehmen Sie bitte den Vortragsunterlagen.

3.) „Prüfung der Therme Fohnsdorf“

Mag. Thomas Scheiflinger, MBA (BRH) geht in seinem Beitrag auf die Prüfung der Therme in Fohnsdorf ein.

Nach etlichen Medienberichten und Bedenken der Aufsichtsabteilung hatte die Landesregierung den Bundesrechnungshof ersucht, eine Prüfung durchzuführen.

Der RH musste feststellen, dass die Bau- und Betriebsentscheidung für die Therme generell falsch war, da sich die Auslastungsprognosen als viel zu optimistisch angesetzt waren und somit ein Fortbestand aus eigener Kraft weiterhin nicht darstellbar ist. Statt der geschätzten 300.000 Gäste pro Jahr gab es 2009 lediglich 137.000 BesucherInnen. Der zunehmende Konkurrenzdruck wurde vernachlässigt und insbesondere fehlt nach wie vor ein Beherbergungsbetrieb, der für die notwendige Frequenz sorgen könnte.

Aber auch in der Vergabe und in der Bauaufsicht gab es eklatante Mängel. So wurde das Vergaberecht nicht eingehalten und Qualitätsminderungen in der tatsächlichen Ausführung führten nicht zu Kosteneinsparungen.

Trotz mehrfachen Bedenken entschied sich die Landesregierung einstimmig dafür, das Projekt zu fördern. De facto stammte die Finanzierung zu 90% aus öffentlichen Mitteln.

Mittlerweile sind auch die Staatsanwaltschaft und das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung eingeschaltet.

Mehr Details entnehmen Sie bitte den Vortragsunterlagen.

4.) „Alternativen u. Optimierungsstrategien bei Hallenbädern“

Mag. Wolfgang Oberascher (KDZ) stellt die durchwegs triste Situation der kommunalen Hallenbäder an den Anfang seiner Ausführungen. Die dahinter liegenden Trends sind neben der allgemeinen Verschlechterung der kommunalen Finanzen insbesondere die höhere Mobilität der Bevölkerung und die sich wandelnden Ansprüche an Bäder (Wellness, Spaßbad, etc.).

Viele Lehren können aus der Situation in Deutschland gezogen werden, da die Lage dort schon längere Zeit angespannt ist. Je kleiner das Bad, desto geringer der durchschnittliche Deckungsbeitrag, wobei mehr als 50% generell nie erreicht werden.

Um der Schließung entgegenzuwirken gilt es in einem ersten Schritt alle betriebswirtschaftlichen Optimierungspotentiale zu heben. Hier gilt es nun einerseits zu überprüfen, ob die Erlöse etwa durch Kooperationsangebote mit anderen Freizeiteinrichtungen (private oder andere Gemeinden) oder Abschöpfung stark verkaufter Kartentypen, etc. gesteigert werden können. Andererseits gilt es die Leistungsstandards (Öffnungszeiten, Zusatzangebote, Personalausstattung, etc.) zu überprüfen, um Kosten zu senken.

Zusätzlich sind alternative Betreiberkonzepte möglich, wie sie in Deutschland bereits eingesetzt werden. So können Schwimmvereine entweder nur für den Vereinsbetrieb oder für den gesamten Betrieb die Betriebsführung übernehmen. Die verschiedensten Trägerkonstruktionen und Vertragsgestaltungen müssen zwar erst an die österreichische Situation angepasst werden, ein neuerliches Erfinden des Rades ist aber nicht notwendig. Bei der Qualifikation als Schulschwimminrichtung kann eine Kostenbeteiligung der Gemeinden im Schulsprengel erreicht werden.

Als letzte Option gilt es auch eine Schließungsstrategie zu entwickeln, die die anfallenden Kosten und den zu erwartenden Widerstand auffängt.

Mehr Details entnehmen Sie bitte den Vortragsunterlagen.

5.) „Förderung von Schigebieten – Liftinfrastruktur“

Mag. Lothar Stelzer (LRH Kärnten) berichtet von einer aktuellen Prüfung, die die Wirksamkeit der Förderungen in den Mittelpunkt stellt. Konkret wurde die Übereinstimmung der Subventionen mit den Förderungsrichtlinien aus dem Wintererschließungskonzept analysiert.

In der Ausgangslage ist der Kärntner Wintertourismus weit weniger wettbewerbsfähig als die Konkurrenz in Salzburg, Tirol und Vorarlberg. Auch innerhalb des Bundeslandes gibt es massive Unterschiede zwischen den Skigebieten in den Tourismusgebieten und den jenen in den Regionalgebieten.

Die Zielsetzung im Konzept des Landes sieht nun vor die Fördermittel zu fokussieren, um eine Verbesserung der Wettbewerbssituation zu erlangen und nachhaltige Wertschöpfungen auszulösen. Konkret sollen 80% in die

Tourismusgebiete und nur 20% in die Regionalgebiete fließen. Mit letzteren gilt es auch Alternativkonzepte (Stichwort Holzwirtschaft statt Tourismus) zu entwickeln.

In der Prüfung musste allerdings festgestellt werden, dass fast 50% der Mittel in die kleinen, nicht dauerhaft überlebensfähigen Skigebiete (keine ausreichenden Beherbergungsbetriebe) geflossen sind. Dies unter Umgehung der recht streng formulierten Richtlinien im Zuge der Gemeindeabteilung.

Im Fazit blieben die Wettbewerbsposition und die triste finanzielle Lage der kleinen Gebiete nahezu unverändert. Auch eine Gesamtübersicht über die Förderungen fehlte.

Empfohlen wurden vom Landesrechnungshof eine Abstimmung der Förderungen, Redimensionierung der nicht lebensfähigen Gebiete mittels alternativer Konzepte und die Förderung von Kooperation zwischen den Gebieten, etwa beim Stromeinkauf.

Mehr Details entnehmen Sie bitte den Vortragsunterlagen.

6.) „Erkenntnisse aus Standardprüfungen (z.B. Abt. Freizeit und Tourismus)“

DI Rudolf Berg und Mag. Michael Baumgartner (KA Klagenfurt) stellen das Konzept der Standardprüfungen vor mit welchem alle Abteilungen in regelmäßigen Abständen einer einheitlichen Überprüfung unterzogen werden. In einer Checkliste werden die Prüfungsfragen detailliert angegeben. Grundsätzlich wird versucht mit den Abteilungen Einvernehmen über die Prüfungsergebnisse und Empfehlungen herzustellen, um die Umsetzungswahrscheinlichkeit der Verbesserungsvorschläge zu erhöhen.

Die angestrebte Einheitlichkeit innerhalb des Vollzugs in der Stadt, die in den Standardprüfungen ihren Niederschlag findet, befindet sich im Spannungsfeld zur der Eigenverantwortlichkeit der Abteilungen und muss von Fall zu Fall abgewogen werden.

Bestandteile sind hier insbesondere die Überprüfung der Übereinstimmung von Geschäftseinteilung und Produktkatalog, sowie die Outcomeanalyse. Am Beispiel der Abteilung Sport und Tourismus sowie der Dienststelle „Sport“ konnten organisatorische Fehlentwicklungen aufgezeigt werden. Auch im Bereich der Fördervergabe gab es Beanstandungen, da Doppelförderungen mangels übersichtlicher Erfassung nicht erkannt worden sind.

Empfohlen wurden unter anderem eine einheitliche Vertragsgestaltung mit den Fördernehmern und eine Tarifierpassung in den sommerlichen Kindersportprogrammen.

Mehr Details entnehmen Sie bitte den Vortragsunterlagen.

7.) Allfälliges

Die nächsten Termine sind:

- 24.- 26.4.2012: Fachausschuss in Schwechat mit dem voraussichtlichen Thema Korruption und Korruptionsbekämpfung

- **12.6.2012: Enquete in Wien zum Thema Personalausstattung und Diensthoheit**

Die Publikation zur vergangenen Enquete wird demnächst erscheinen.

In Zukunft sollen die fachausschussinternen Beratungen ausgeweitet werden und eine eigene Tagesordnung erhalten. In einer ersten Runde wurden folgende Themenvorschläge gesammelt:

- Gebarungsprüfung bei Subventionsnehmern
- SWAP-Geschäfte
- Vertretung des Kontrollamts nach außen
- Benchmarking
- Prüfer/Expertenpool für kleinere KÄ
- Vorschriften für Gemeinden, ab welcher Größe ein Kontrollamt eingerichtet werden muss bzw. welche Mindestausstattung vorzusehen ist.
- Personalsituation
- Rollenabgrenzung zwischen KA und Kontrollausschuss
- Umlagenwesen
- Gegenseitiger Austausch via Mail und/oder Amtstafel

Weiterführende Informationen:

www.staedtebund.gv.at

Weitere Veranlassungen / Aufgaben:

Aufgabe	Wer	Bis wann
Zusammenstellung Material zu Umlagen	Mag. Puchner	04/2012
Klärung Datensicherheit Amtstafel	Mag. Puchner	Herbst 2011

nächster Termin / Ort / Themen:

- **24.- 26.4.2012: Fachausschuss in Schwechat mit dem voraussichtlichen Thema Korruption und Korruptionsbekämpfung**
- **12.6.2012: Enquete in Wien zum Thema Personalausstattung und Diensthoheit**

Abschrift ergeht an:

Alle Ausschussmitglieder

Abschrift ergeht nachrichtlich an:

Generalsekretär OSR Dr. Thomas Weninger zur Information

Datum: **6.10.2011**

Mag. Oliver Puchner

Referent/in

Dr. Peter Pollak

Vorsitzende/r

OSR Dr. Thomas Weninger, MLS

Generalsekretär